Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Dresden Laden & Comp., Nr. 1268

Organ für das werktätige Volk

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden und Sächsische Staatsbank

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bezugspreis einschließlich Bringerlohn mit den wöchentlichen Beilagen „Rat der Arbeit" und „Volk und Zeit" für einen halben Monat 1 M. Einzelnummer 10 Pf. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Fernsprecher Nr. 25261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. **Geschäftsstelle:** Wettinerplatz 10. Fernsprecher Nr. 25261 und 12707. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags.

Anzeigenpreis. Grundpreise: die 29 mm breite Nonpareillezeile 30 Pf., die 90 mm breite Reklamezeile 1,50 M., für auswärtige Anzeigen 35 Pf. und 2 M. Familienanzeigen, Stellen- und Mietgesuche 40 Proz. Rabatt. Für Briefniederlegung 10 Pf.

Nr. 113 | Dresden, Dienstag den 18. Mai 1926 | 37. Jahrg.

Krieg dem Kriege!

Von L. Persius, Kapitän zur See a. D.

Am 18. Mai tritt in Genf die Abrüstungskonferenz zusammen. Die deutsche Regierung entsendet den Staatssekretär Bernstorff, der vom Oberst v. Stülpnagel aus dem Reichswehrministerium begleitet wird.

Was darf man als Ergebnis der Konferenz erwarten? Empfehlenswert ist es, seine Hoffnungen nicht zu hoch zu spannen. Manche, die früher annahmen, die Befriedung der Welt würde durch den Völkerbund in kürzester Frist erreicht werden, sind nun recht skeptisch geworden, da sie erleben, wie gering die Erfolge des Völkerbundes, besonders auf dem Gebiet der Abrüstung, waren. Andre treten noch immer mit unverminderter Wärme für den Völkerbund ein, indem sie auf die sich auftürmenden Schwierigkeiten, vornehmlich auf den Chauvinismus hinweisen, der in allen Ländern herrsche, und den man nur allmählich zum Abebben bringen könne. Sie mahnen zur Geduld. Unter den Friedensfreunden gibt es verschiedene Schattierungen. Die Lauen meinen, man dürfe nicht jeden Krieg ablehnen, solange nicht die letzten Mittel des Völkerbundes erschöpft sind; man dürfe nicht Kriegsdienstverweigerung propagieren, solange nicht eine internationale Polizeitruppe geschaffen ist, usw. Der greise Apostel der Friedensbestrebungen in Frankreich, Herr Bouisson, widersetzte sich sogar der Forderung auf Abschaffung der allgemeinen Dienstpflicht. Er fand leider dabei auf dem letzten Friedenskongreß in Paris — allerdings nur durch ein Schiebung — die Unterstützung der Mehrheit. Wenn im Kreise von Pazifisten über diese erste grundlegende Forderung: Abschaffung der allgemeinen Dienstpflicht, dieser scheußlichen, menschenunwürdigen Einrichtung, noch Meinungsverschiedenheit besteht, so könnte man fast verzweifeln.

Die Radikalen erwarten kaum noch etwas von dem heutigen Völkerbund. Sie belächeln die in Genf endlos tagenden Konferenzen, die im Zeichen der Eifersucht und des Mißtrauens stehen, die Vertreter der alten Diplomatie, die einen Hauch verspüren von dem wahren Geist der aufrichtigen Verbrüderung der Völker, die Regierungsoberhäupter und ihre Gefolgsmannen, die vom Imperialismus und Militarismus beherrscht werden. Sie weisen z. B. hin auf die am 1. April d. J. abgegebene Erklärung der britischen Regierung im Unterhaus: „Die englische Politik ist bereit, sich jeder ordentlichen internationalen Anstrengung, zu einer Abrüstung zu gelangen, anzuschließen. Aber hinsichtlich der britischen Flotte darf nichts geschehen, was Englands Fähigkeit, seine sehr ausgedehnten Handelsstraßen zu beschützen, vermindern kann." Rücksichtslos hat der amerikanische Botschafter in London, Houghton, die verfehlte Taktik in Genf aufgedeckt, die üble Methode der Vorkriegsdiplomatie, die noch jetzt in Hotelzimmern leidenschaftliche Kompromisse erstrunk, und die schließlich nichts vollbringt. Houghtons Bericht an Coolidge geht aus von der Abrüstungskonferenz, die nun am 18. Mai beginnen soll. Houghton spricht mit nicht zu unterbietender Skepsis von den Vorbereitungen, die sich mit theoretischen Erörterungen, z. B. mit der Untersuchung darüber, was unter militärischer Rüstung zu verstehen sei, und ähnlichen Wichtigkeiten beschäftigen. Nach dem Diktat von Genf soll zunächst ein endloser Fragebogen ausgefüllt werden, in dem der Begriff der „potentiellen" Kriegsstärke gegeben werden muß. Unter ihr werden verstanden die nicht aus dem Militärbudget zu entnehmenden Faktoren, wie geographische Lage des betreffenden Landes, kultureller Stand der Bevölkerung, Grad der industriellen Entwicklung usw. Der praktische Amerikaner Coolidge haßt diese theoretischen Ueberlegungen. Er wünscht einen tüchtigen Schritt vorwärts auf dem Wege zur völligen Abrüstung, wie er, im Februar 1922, zu Washington auf der Flottenabrüstungskonferenz getan wurde.

Von Houghtons Meinung und der Meinung des amerikanischen Senats weicht nicht wesentlich die Aeußerung des russischen Volkskommissars für auswärtige Angelegenheiten, Tschitscherin, ab, die dieser vor einigen Wochen der Presse zur Veröffentlichung übergab: Rußland kann unmöglich in Genf erscheinen. Die Konferenz ist eine Komödie. Es ist sehr unwahrscheinlich, daß die einberufenden Mächte überhaupt den Wunsch haben, zu einem greifbaren Resultat zu gelangen. Das geht schon aus der reservierten Haltung Amerikas hervor. Der Charakter des Völkerbundes stellt sich als eine Organisation der Beutesicherung und der Beuteverteilung der Siegerstaaten dar. Der Völkerbund greift zurück auf die reaktionären Tendenzen der Heiligen Allianz.

Die Frage: „Ist von Genf in absehbarer Zeit etwas Greifbares gegen den Krieg zu erwarten?" muß also, bedauernswerterweise, mit Nein beantwortet werden. Das hat man in den Kreisen der Friedensfreunde erkannt, und erfreulich ist es, daß in England und Deutschland bereits die Konsequenzen gezogen wurden. Der Abgeordnete Kenworthy hat im englischen Unterhaus anfangs des Monats darauf hingewiesen, daß in Genf mit Intrigen hinter verschlossenen Türen nicht geduldet werde dürfe, daß ein Erfolg in der Abrüstungsfrage nur zu erwarten sei, wenn, über den Kopf der Admiralität, der Generale, der Politiker, der Zeitungsbesitzer und Rüstungsindustriellen hinweg, ein Appell an die Völker selbst gerichtet werde, denn das einfache Volk hege einen wahren Abscheu vor den großen Rüstungsausgaben, die unvermeidlich zu Kriegen führen müßten. Es sei zwecklos, diese Frage professionellen Kämpfern zu überlassen. Mit demselben Recht könne man eine Konferenz von Buchmachern und Jockeis zur Beseitigung von Pferderennen einberufen.

Die Führer der Independent Labour Party haben die Agitation für die Kriegsdienstverweigerung an die erste Stelle gerückt. Ferner wird eine allgemeine sozialistische Weltkonferenz gegen den Krieg vorbereitet, und es werden die Arbeiter aufgefordert, jede Kriegsdrohung durch organisierten Widerstand von vornherein unschädlich zu machen.

In Deutschland hat die Organisation der Kriegsdienstverweigerung noch mit den besonderen Vorurteilen, Pazifismus sei eine Feigheit, zu kämpfen. Sie muß aber alle Kraft, auch im Hinblick auf etwaige Kriegsgelüste in einflußreichen Kreisen, ganz besonders auf Proklamierung und Organisierung der Kriegssabotage richten.

Von Mahatma Ghandi stammt der Ausspruch: Gewaltlosigkeit bedeutet in ihrer Auswirkung bewußtes Leiden. Sie bedeutet nicht Unterwerfung unter den Willen des Ungerechten, sondern bedeutet Einsetzen der ganzen Seelenkraft gegen den Willen der Tyrannen." Seien wir uns der Wahrheit dieser Worte bewußt! Kriegsdienstverweigerung zu fordern, eine entsprechende Entschließung aufs Papier zu schreiben, ist leicht, schwer aber, sie in der Praxis bis zur letzten Konsequenz durchzukämpfen. Immerhin ist zu begrüßen, wenn wenigstens in Gedanken und Worten die Lösung der Problems „Nie wieder Krieg" in Angriff genommen wird.

Das deutsche Friedenskartell hat folgende Resolution gefaßt: „Wir verschließen uns nicht dem Zweifel, ob der Völkerbund in der gegenwärtigen Phase seiner Entwicklung schon stark genug ist, seine wesentliche Mission zu erfüllen, „Werkzeug zur Verhinderung jedes Krieges" zu sein. Glücklicherweise sind wir im Kampf gegen den Krieg auf die konstruktiven Methoden des Völkerrechts nicht beschränkt. Es gibt daneben andere. Es gibt Methoden, den Zerstörer Krieg zu zerstören, die, unabhängig von den Praktiken verantwortungsloser oder kraftloser Staatsmänner, aus dem Verantwortungsgefühl und der Tatkraft der Massen selber wachsen: den Generalstreik und die Kriegsdienstverweigerung. Wo dieses Verantwortungsgefühl und diese Tatkraft noch schlummern, gilt es, sie zu wecken. Durch die Erklärung ihrer Entschlossenheit zu Generalstreik und Kriegsdienstverweigerung müssen die Massen ihre Regierungen zwingen, Konflikte mit andern Staaten durch Verhandlungen oder auf dem Wege der Schiedsgerichtsbarkeit fortzuräumen, sie aber unter keinen Umständen durch die Waffen auszutragen. Den Generalstreik gegen den Krieg und die Verweigerung des Kriegsdienstes in allen Ländern für alle Fälle planvoll vorzubereiten, ist die neu erkannte große Aufgabe der Friedensbewegung."

Man wird das Friedenskartell zu dieser Entschließung beglückwünschen. Nun gilt es aus dem Wort die Tat zu machen, d. h. zu wirken für den Gedanken der Kriegsdienstverweigerung, als einzigem Ausweg die Unterlassungssünden, die in Genf begangen wurden, wieder gutzumachen. Wenn jetzt eine tatkräftige Propaganda in allen Ländern für Generalstreik und Kriegsdienstverweigerung einsetzt, dann wird sich vielleicht der Völkerbund in elfter Stunde aus seinem Traumzustand aufraffen, wird erkennen, daß er den Richtlinien des amerikanischen Präsidenten Coolidge folgen, daß er ernstlich dem Willen der breiten Volksmassen nachgeben muß, d. h. ernstlich Krieg dem Kriege zu erklären.

Die Vorkonferenz begann

T. Genf, 18. Mai. (Eig. Funk.) **Die vorbereitende Abrüstungskonferenz, die sich heute versammelte und einige Wochen tagen dürfte, besteht aus Delegationen der Ratsmächte England, Frankreich, Italien, Japan usw. sowie aus Deutschland, Argentinien, Bulgarien, Chile, den Vereinigten Staaten, Finnland, Holland, Polen, Rumänien und Südslawien. Die stärksten Vertretungen weisen Deutschland und die Vereinigten Staaten mit je 10 Mann auf. Dann folgt Spanien mit 8, Italien und Japan mit 7, Frankreich mit 6, Großbritannien und einige andre mit 5 Mann usw. Unter den Hauptdelegierten befindet sich eine Reihe von Ministern; diplomatische Sachverständige gibt es im ganzen 75. Von den Instruktionen, die die Delegationen mit nach Genf bringen, weiß man aus früheren Beratungen, daß Frankreich auch alle Kriegsindustrien und die Transportmittel der Staaten in das Studiengebiet einbezogen wissen will, während England und die Vereinigten Staaten entschlossen zu sein scheinen, mit einigen praktischen Eingriffen eine wirkliche Beschränkung der eigentlichen Rüstungen herbeizuführen. Die unter Führung des Grafen Bernstorff stehende deutsche Delegation setzt sich aus Geheimrat v. Bülow vom Auswärtigen Amt, Konteradmiral v. Freiberg, Oberst v. Stülpnagel, Major Schindler, Rittmeister Bäumckel und einigen Sekretären zusammen. Der deutschen Delegation ist der Weg durch die Verhältnisse ziemlich genau vorgezeichnet.**

Der Anschlag auf die Republik

Putschisten und Reichswehr

Niederschmetternde Eröffnungen im Preußischen Landtag

Im Preußischen Landtage versuchten die Putschisten, die preußische Regierung wegen der Aufdeckung der Putschpläne zu stellen, wurden aber energisch abgeführt.

Ministerpräsident Braun

wies noch, daß die rechtsradikalen Verbände nicht harmlos, sondern gefährlich, zum Teil bewaffnet und umsturzlüstern sind. Man will, wenn es nicht anders geht, einen Linksputsch provozieren, bei der Niederschlagung dieses Putsches aber nicht stehenbleiben, sondern zur Beseitigung der parlamentarischen Verfassung schreiten. Der Reichspräsident soll dazu gepreßt werden, auf Grund des Artikels 48 die vollziehende Gewalt in die Hände des Militärs zu legen. Zum Beleg dafür teilt der Ministerpräsident aus einem bei den Hochverrätern beschlagnahmten Brief folgende bezeichnende Stelle mit:

„Es muß alles geschehen, um den Herrn Reichspräsidenten für die Anwendung dieses Artikels zu gewinnen. Der Reichspräsident muß davon unterrichtet werden, daß nur eine brauchbare Diktatur charaktervoller Persönlichkeiten (Lebh. Sehr richtig! b. d. Dnat.) **mit dem Parlamentarismus Schluß machen kann. Eure Exzellenz dürfen sich darauf verlassen, daß alles in unsrer Macht Stehende geschieht, den Herrn Reichspräsidenten von der Richtigkeit dieses Schrittes zu überzeugen."**

Am Schluß weist der Ministerpräsident darauf hin, daß die Haussuchungen vielfach deshalb nicht alles Material zutage förderten, weil die betroffenen Herren zum Teil vorher bereits unterrichtet waren. Einer hat bei der Haussuchung erklärt: „Ich habe die Sachen, die die Polizei nicht sehen soll, bereits auf die Seite geschafft." Die Regierung wird alle Machtmittel anwenden, um hochverräterische Unternehmungen niederzuringen. (Beifall links und in der Mitte, stürmischer Protest rechts.)

Vizepräsident Dr. Porsch erklärte für das Zentrum: **„Die überwältigende Mehrheit des deutschen Volkes steht zur Demokratie,** und zu dieser überwältigenden Mehrheit gehört auch die Zentrumspartei. Deshalb erwartet die Zentrumsfraktion von der Staatsregierung, daß sie zur Sicherstellung der Verfassung und zur Verteidigung der republikanischen Staatsform unablässig auf dem Posten ist." (Lebh. Beifall in der Mitte.)

Abg. Heilmann (Soz.) enthüllte u. a. folgendes: Der Plan der Hochverräter geht aus einem Protokoll über eine Führerbesprechung hervor, die am 11. März 1926 in Berlin im Hause Kleiststraße 32, wo der Nationalverband deutscher Offiziere sein Heim hat, stattfand. Die Einladung zu der Besprechung ging von dem Obersten v. Luck aus. Dieser erklärte, daß er bereits mit den zuständigen Reichswehrstellen die notwendigen Vereinbarungen getroffen habe. Das Zusammenarbeiten mit der Reichswehr müsse aber in versteckter Form erfolgen. Darauf lege die Reichswehr selbst den größten Wert. Bezeichnend an dieser Führerbesprechung ist die Idee, die für den Umsturz notwendigen Unruhen dadurch zu schaffen, daß Massen von Arbeitern auf die Straße geworfen werden. Wörtlich heißt es in dem Protokoll:

„Falls die Unruhen sich nicht von selbst einstellen, müssen sie eben mit allen Mitteln künstlich provoziert werden. Die Großindustrie muß veranlaßt werden, im gegebenen Moment möglichst große Arbeitermassen auf die Straße zu werfen."

(Lebh. Hört, hört!) Damit kommen wir zur Frage:

Wo steht die Reichswehr?

Geßler und Seeckt mögen zuverlässig sein. Aber die unteren Kommandostellen? **Zwischen diesen und Teilen der Wehrverbände besteht ein planmäßiges Zusammenarbeiten.** Der Mittelsmann zwischen Verbänden und Reichswehr ist in Berlin Major von Lüttwitz-Frankenberg, der auf privatem Dienstvertrag bei der Reichswehr angestellt ist. **Er bildet Hundertschaften von den Wehrverbänden in Wünsdorf für die Konterrevolutionsarmee aus.** Wie eng das Band zwischen den Verbänden und der Reichswehr geknüpft ist, zeigt die Tatsache, daß **kein Mensch bei der Reichswehr angestellt wird, über den nicht ein ausführliches Gutachten der völkischen Verbände vorliegt.** (Hört, hört!)

Gegenüber all diesen bedenklichen Vorgängen, faßte Heilmann, wäre es eine Pflichtvergessenheit, wenn die Regierung nicht zugreifen würde. „Wir danken der Regierung, daß sie mit Energie den hochverräterischen Bestrebungen entgegengetreten ist. (Beifall links, Zischen und Tumult rechts.) — Dienstag Weiterberatung.

Herr Claß protestiert

Das Oberhaupt der deutschen Putschisten, Herr Claß, hat plötzlich die Sprache wiedergefunden, und frech, wie er nun einmal ist, versucht er in einer langen Erklärung jeden Putschverdacht i bezug auf seine Person zu bestreiten. Das wagt ein Mann der Oeffentlichkeit vorzusetzen, dessen aktive Teilnahme am Kapp-Putsch nachgewiesen ist. Aber Claß geht noch weiter. Er besitzt nicht nur den zweifelhaften Mut, eine Strafanzeige gegen die Polizei wegen „Hausfriedensbruchs und Verletzung des Briefgeheimnisses" anzukündigen, sondern will darüber hinaus auch Strafantrag wegen Verletzung des Urheberrechtes stellen. Er betrachtet seine Berichte für das Haus Doorn also als literarische Erzeugnisse!

Aber je energischer Claß in seiner Erklärung versucht, sich reinzuwaschen, um so mehr erbringt er, ohne es selbst zu bemerken, den Nachweis für die gegen ihn erhobenen Vorwürfe. Er will nicht die geringsten Putschvorbereitungen getroffen haben — aber er hat in Unterhaltungen mit „nationalen Männern" über die verzweifelte Lage des deutschen Volkes gesprochen und dabei „nach Mitteln, Wegen und Männern" gesucht, um der Not im letzten Augenblick zu steuern. Das Ergebnis war die „Notverfassung", der Aufmarschplan gegen Berlin und die Vorbereitung eines Direktoriums mit Persönlichkeiten, die, ebenso wie Claß, als Putschisten bekannt sind.

Es wäre für Herrn Claß besser gewesen, wenn er auch in Zukunft noch geschwiegen hätte. Für jeden, der lesen

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19260518/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG